

Riesfaer Tageblatt



Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Fernauf Nr. 20,
Postfach Nr. 52

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständig bestimnte Blatt.

Postfach Nr. 52
Riesa Nr. 52

Nr. 195.

Sonnabend, 20. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Ergähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wieder- oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wie will Papen „noch lange im Amte bleiben“?

Wien. In dem Interview, das Reichskanzler v. Papen einem Vertreter des englischen Reuter-Büros gewährte, hat er meilen die Stelle Beachtung gefunden, an der der Reichskanzler erklärte, sein Kabinett werde noch lange im Amte bleiben. In parlamentarischen Kreisen des neuen Reichstags wird dem Nachrichtenbüro des VDB. hierzu erklärt, daß an sich kaum ein Zweifel an der Annahme eines Mißtrauensvotums gegen das Kabinett Papen bestehe. Allerdings gebe man sich in Regierungskreisen vielleicht der Vermutung hin, die Mißtrauensfront dadurch zu verringern, daß die Regierung sachliche Vorlagen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und evtl. auch der Verkaufsförderung dem Reichstag unterbreite, die im Sinne einer Mehrheit gehalten werden. In diesem Falle würde die entsprechende Mehrheit, so sagt man in den parlamentarischen Kreisen, sich der Mitarbeit an solchen Vorlagen nicht entziehen, ohne jedoch ihre politische ablehnende Haltung gegenüber dem Kabinett Papen zu ändern. Dennoch sei das Wort des Reichskanzlers, daß seine Regierung noch lange im Amte bleiben werde, durchaus von ernst zu nehmenden Möglichkeiten fundiert. Es könne sich nämlich ergeben, daß der Reichspräsident es als die Hauptaufgabe des Reichstags erkläre, eine arbeitsfähige Regierung, d. h. eine solche zu bilden, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann. Solange der Reichstag hierzu sich nicht imstande zeige, habe der Reichspräsident die Möglichkeit, auch bei Annahme eines Mißtrauensvotums gegen das Kabinett von Papen diese Reichsregierung als Regierung seines Vertrauens mit der geschäftsführenden Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte solange zu betrauen, bis ein Mehrheitskabinett zustande gekommen sei. Sollten die Fraktionen nicht imstande sein, von einer Mehrheit gestützte Regierung zu bilden, dann würde unter Umständen das Kabinett v. Papen während der ganzen Dauer der Legislaturperiode des Reichstags geschäftsführend amtiert können. Das wäre allerdings „noch lange im Amte“ geblieben. Mit Hinweis hierauf hält man es in parlamentarischen Kreisen nicht für wahrscheinlich, daß bei Annahme eines Mißtrauensvotums gegen v. Papen die abermalige Auflösung des eben gewählten Reichstags in Betracht käme. Man argumentiert so, daß nach einer eventuellen Koalitionsvereinbarung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen neue Möglichkeiten für die Herbeiführung einer Mehrheitskoalition im Reich gegeben wären, wozu einzuweisen zu bemerken ist, daß der preussische Landtagspräsident Kerl, der am Freitag aus München zurückkam, sich nicht unmittelbar mit dem Zentrum in Verbindung setzte und auch noch nicht imstande war, offiziell einen Termin für die nächste Plenarsitzung des Landtags bekanntzugeben. Bisher steht lediglich fest, daß der preussische Fraktionsvorsitzende der NSDAP, noch vor dem 25. August, dem bisher gedachten Termin für die Landtagssitzung, zusammenzutreten solle.

Die Idee der geschäftsführenden Weiteramterung des Reichskabinetts v. Papen für die nächste Zeit wirkt für das Reich gegebenenfalls die gleichen verfassungsrechtlichen Streitfragen auf, die sich in Preußen und anderen Ländern in diesen Fällen bemerkbar machten. Dabei steht im Vordergrund die Frage, wie weit die Befugnisse eines geschäftsführenden Kabinetts gehen. Im Preuss. Landtag ist vor einigen Jahren einmal auf Grund eines deutschnationalen Antrages von der seinerzeitigen Mehrheit des Kabinetts Braun diese Frage durch Ablehnung des deutschnationalen Antrages negativ dahin geklärt worden, daß es der geschäftsführenden Regierung nicht unterliegt, den Etat zu verabschieden und Personalpolitik zu betreiben. Im übrigen sind die Meinungen der Staatsrechtler über die Befugnisse solcher Regierungen sehr geteilt.

Grüner Reichstags-Sitzungstag ein „Sturmtag“.

Wien, Berlin. Das Berliner Organ der Nationalsozialisten, der „Morgenspost“, beschäftigt sich mit der Einberufung des Reichstags zum 30. August und schreibt dabei u. a.: „Noch immer hört man jedoch nichts darüber, daß den Kommunisten als grundsätzlich staatsfeindlicher und anti-deutscher Partei der Zutritt zum Reichstagsgebäude verweigert werden soll. Im Gegenteil verlautet noch immer, daß die Moskowiterin Clara Zetkin als Alterspräsidentin die Sitzung der deutschen Volksvertretung eröffnen soll. So besteht somit alle Aussicht, daß gleich der erste Sitzungstag ein Sturmtag wird, da die Mehrheit des Reichstags sich diese Verhöhnung nicht gefallen lassen kann. Da die Reichsregierung erklärt, Wert auf ein verfassungsmäßiges Vorgehen zu legen, sollte sie unbedingt für einen unge störten Ablauf des Reichstagszusammentritts sorgen, indem sie die Provokation des Deutschen Volkes durch die Alterspräsidentin einer staatsfeindlichen Moskowiterin unmöglich macht. Hier hätte sie Gelegenheit, zu zeigen, ob sie sich mit einigem Recht national nennt.“

Arbeitsbeschaffungskommission?

Wien, 20. August. Wie die „Tägliche Rundschau“ wissen will, beabsichtigt die Reichsregierung, einen besonderen Reichskommissionar für Arbeitsbeschaffung einzusetzen. Der Präsident des Landtags, Dr. Gerete, soll die meisten Ausschichten haben.

Bundeskanzler Schober †

Wien, 20. August.

Der ehemalige Bundeskanzler und Polizeipräsident Dr. Schober ist Freitagabend gestorben.

Schober wurde 1874 in Berg geboren. Im Juni 1918 wurde er Polizeipräsident von Wien und reorganisierte die Wiener Polizei in der Nachkriegszeit vollkommen. Die erste Kanzlerschaft dauerte von Juni 1921 bis Mai 1922, die zweite von September 1929 bis September 1930. Unter der Kanzlerschaft Schobers wurde die Verfassungsreform und das Haager Abkommen durchgebracht. Unter seiner Kanzlerschaft wurde Oesterreich von den Reparationen befreit und die Auflegung der internationalen Bundesanleihe 1930 durchgeführt. Von Dezember 1930 bis Januar 1932 war Schober österreichischer Außenminister. Dr. Schober galt als erste Autorität auf dem Gebiet des Polizeiwesens. Er trat 1913 als Mitglied der Großdeutschen Partei und Abgeordneter des Nationalrats ins politische Leben ein.

Wien. Ueber den plötzlichen Tod des früheren Bundeskanzlers Dr. Schober erzählt die „Neue Freie Presse“ aus dem Sanatorium Gutenbrunn:

Dr. Schober fühlte sich in der letzten Zeit wohler. Zeitweise war sein Zustand so gut, daß ihm die Bezüge gestatten konnten, in den Garten zu gehen. Auch am Freitag war sein Befinden den Verhältnissen entsprechend günstig. Das Ende kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Dr. Schober lag zwar im Bett, fühlte sich im allgemeinen aber wohl und unterließ sich mit seiner Frau. Nach 1/9 Uhr besuchte ihn der Chirurk des Sanatoriums und Dr. Schober plauderte auch mit ihm. Er klagte nur über Magenbeschwerden. Plötzlich bekam er einen Herzschlag. Der Arzt hielt ihm den Kopf; doch sank Dr. Schober zusammen und verchied fast im selben Augenblick. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Krankheit Schobers bestand in einer chronischen Herzmuskelentzündung. Die Nachricht von seinem Tode verbreitete sich in Wien wie ein Lauffeuer und rief überall größte Teilnahme hervor.

Die Abtriche am Reichsetat

Berlin, 20. August.

In der Freitagssitzung des Reichskabinetts handelte es sich darum, die Frage der vom Kabinett seit längerer Zeit beabsichtigten Gesamtabtriche am Etat zu erledigen, und zwar sollen diese Kürzungen 110 Millionen RM betragen. Ueber 75 Millionen davon war schon früher eine Verflüchtigung erzielt worden. Ueber die Frage, wie die Kürzung der restlichen 35 Millionen auf die einzelnen Ressorts zu verteilen ist, sind gestern die Beschlüsse gefaßt worden.

Außerdem hat das Kabinett eine Reihe wirtschaftlicher Einzelmaßnahmen beraten und sich schließlich auch mit der Arbeitsbeschaffung befaßt.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung begannen die Besprechungen des Reichskanzlers, des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Reichsbankpräsidenten. Hierbei dreht es sich bekanntlich um die Fragen der technischen Durchführung der Finanzierungsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

Paris erwartet amtliche deutsche Forderung der Rüstungsgleichberechtigung.

* Paris. In französischen politischen Kreisen erwartet man mit Sicherheit schon in den nächsten Tagen einen amtlichen Schritt des deutschen Botschafters von Dösel bei der französischen Regierung, durch den die Frage der Gleichberechtigung in den militärischen Rüstungen aufgeworfen und Frankreich aufgefordert werden soll, sich zusammen mit den anderen europäischen Großmächten an den Verhandlungstisch zu setzen. In der französischen Presse wird bereits jetzt lebhaft gegen die deutschen Forderungen protestiert, denen man jede juristische Berechtigung abspricht.

Was wird die NSDAP. unternehmen?

* Berlin. Ein Artikel im preussischen Pressedienst der NSDAP. nimmt in scharf polemischer Weise gegen die Reichsregierung v. Papen Stellung. Es heißt darin u. a.: „Wenn das Kabinett Papen sich dem Reichstag stellt, dann werden über 600 Abgeordnete „Rein“ zu ihm sagen, denen die 35 Deutschnationalen gegenüberstehen. Wenn sie gleichwohl im Amte bleiben und das oppositionelle Parlament nach Hause schicken wollen, so mag — abgesehen von dem, was dann kommt — der Wunsch der Verfassung unverletzt sein. Der Sinn des Grundgesetzes aber würde durch eine solche Maßnahme tödlich getroffen, denn sie bedeutet nichts anderes, als daß die Herren Papen — Schleicher entschlossen sind, gegen den Willen von NS u. D. des deutschen Volkes,

Oesterreichs Trauer um Dr. Schober.

Wien. (Kunstsprache.) Sämtliche Blätter geben der tiefempfundenen Trauer um den verstorbenen Altbundeskanzler und Polizeipräsidenten Dr. Schober Ausdruck und würdigen seine Verdienste um Oesterreich als Beamter, besonders in der Zeit des Amtes, sowie seine politische Tätigkeit.

Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ schreiben: Ein großer Deutscher ist mit Schober gestorben. Paulanne hat Schober das Herz gebrochen. Als Außenpolitiker ist er der Vertreter eines aktiven deutschen Kurtes gewesen. Oesterreich hat den von Schober eingeschlagenen deutschen Kurs in der Außenpolitik nicht eingehalten.

Die „Reichspost“ verweist auf die tragische Wendung, die Schober kaum 14 Tage nach Seipel dahingeraht. Schober sei bis zu seinem Eintritt in die Parteipolitik im Herbst 1909 eine Autoritätsreserve Oesterreichs gewesen, die immer eingelebt werden konnte, wenn die Bildung eines Kabinetts von Autorität auf parlamentarischem Boden nicht möglich war. Das Jollunionsprojekt habe dem politischen und öffentlichen Wirken Schobers ein vorzeitiges Ende gesetzt. Vielleicht wäre es ihm vergönnt gewesen, unter anderen Umständen wieder auf die Führung der Geschicke Oesterreichs entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Die „Neue Freie Presse“ spricht von einem unerlebbaren Verlust für Oesterreich. Schober habe die Kränkung gestiftet. Selbst bei aller Feindschaft gegenüber den Sozialdemokraten doch kein Mann der gewaltsamen Konterrevolution geworden sei. Seit er 1929 und 1930 die Nachbarn schwer enttäuschte, sei es zu Intrigen gegen ihn gekommen. Das Jollunionsprojekt sei im ungeliebtesten und unglücklichsten Augenblick aufgestellt worden.

Die nationalsoz. „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“ schreibt, Schober sei ein Opfer seiner politischen Betätigung geworden, und die Arbeiterzeitung hebt hervor, daß Schober bei aller Feindschaft gegenüber den Sozialdemokraten doch kein Mann der gewaltsamen Konterrevolution geworden sei. Seit er 1929 und 1930 die Nachbarn schwer enttäuschte, sei es zu Intrigen gegen ihn gekommen. Das Jollunionsprojekt sei im ungeliebtesten und unglücklichsten Augenblick aufgestellt worden.

von dem ja wohl nach der Verfassung die Staatsgewalt ausgeht, zu amtieren und zu regieren. Woher Herr von Papen unter solchen Umständen den Mut nimmt, von Achtung vor der Verfassung zu sprechen und sich selbst eine lange Amtsdauer zu prophezeien, ist unerfindlich. Eintrüben sind alle, aber auch alle Möglichkeiten von der Auflösung des Reichstages bis zum Rücktritt Hindenburgs, von der Ausschreibung von Neuwahlen bis zur Nichtteilnahme der NSDAP. an diesem Wahlgange, von der Verchiebung neuer Wahlen durch das Kabinett bis zur erzwungenen Abdankung dieser Regierung völlig offen. Wie sie ausgenutzt werden, ist Sache des Führers. Wir werden nicht zu Kreuze kriechen! Wir stehen in der Opposition, nicht um der Opposition willen, sondern um Deutschlands willen. Man hat uns diesen Kampf aufgezwungen, und man soll sich nicht darüber täuschen, daß er bis zur Entscheidung geht! Wir fühlen uns dem Schicksal verhaftet und wir wissen, daß der Berliner Vertreter des Reuter-Büros wohl in nicht allzu ferner Zeit eine Neuigkeit nach London faheln wird, deren Inhalt Herrn von Papen als schlechten Propheten kennzeichnet.

Amtliche polnische Wirtschaftpropaganda gegen Deutschland.

Wit einer „deutschen“ Zeitung in Dänemark.

* Kopenhagen. Eine neue dänische Zeitung in deutscher Sprache, betitelt „Kopenhagener Presse“, ist gestern herausgekommen. Der Redakteur ist der Kopenhagener Vertreter des polnischen offiziellen Nachrichtenbüros Talhoff Nielsen. Der Zweck ist nach der Angabe des Blattes, „eine Uebersicht in gedrängter Form über die wichtigsten aktuellen Ereignisse auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet in Dänemark zu geben“. Die erste Nummer hat einen überwiegend wirtschaftlichen Charakter. Der Hauptartikel des Blattes geht darauf aus, die dänische Handelspolitik gegenüber Deutschland im Sinne der Abschmierung deutscher Industriewaren in Dänemark vorwärts zu treiben. In dem Artikel wird unter anderem gesagt: „Mit Zoll-erhöhungen und Zevissenordnungen ist es der deutschen Landwirtschaft gelungen, die dänischen Zufuhren erstklassiger Lebensmittel zu erschweren. Da ein gewisses Gleichgewicht zwischen Ausfuhr und Einfuhr notwendig ist, um die Ausbringung der für die eingeführten Waren erforderlichen Zahlungsmittel zu ermöglichen, hat der durch die deutschen Maßnahmen herbeigeführte Rückgang der dänischen Einfuhr zur Folge gehabt, daß Dänemark nicht länger imstande ist, die große Einfuhr deutscher Fertigwaren aufrecht zu erhalten. Bereits in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres ist die Einfuhr aus Deutschland um ein Drittel im Vergleich zum Jahre 1931 zurückgegangen. Dänische Geschäftsleute sind genötigt, ihre Aufträge den Konkurrenten der deutschen Industrie zu geben. Diese Entwicklung zeigt, wie sehr das dänische Wirtschaftsleben auf jeden handelspolitischen Druck gegen die Ausfuhrinteressen der Landwirtschaft reagiert.“